

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Christine Buchholz, Anke Domscheit-Berg, Heike Hänsel, Andrej Hunko, Ulla Jelpke, Stefan Liebich, Niema Movassat, Zaklin Nastic, Dr. Alexander S. Neu, Martina Renner, Eva-Maria Elisabeth Schreiber, Dr. Petra Sitte, Dr. Kirsten Tackmann, Kathrin Vogler und der Fraktion DIE LINKE.

Deutsche Rüstungsexporte an unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligte Länder

In der Nacht vom 25. auf den 26. März 2015 begann eine saudische Militärintervention im Jemen. Saudi-Arabien führt dabei eine Koalition verschiedener arabischer Staaten an. Diese Intervention ist nach der in den Jahren 2009 bzw. 2010 bereits die zweite des Königreiches im südlichen Nachbarland in der jüngeren Vergangenheit. Die jetzige Kampagne ist militärisch deutlich massiver als die letzte. Mehr als 10 000 Menschen starben in dem Konflikt. Über 50 000 Verletzte gab es bislang, die größtenteils auf das Konto der Koalition gehen. Human Rights Watch geht sogar so weit, Saudi-Arabien und seinen Verbündeten Kriegsverbrechen vorzuwerfen (www.dw.com/de/jemen-pro-saudische-regierung-vorerst-vor-kollaps-gerettet/a-42212524). Nach drei Jahren Krieg sind mehr als 50 Prozent der Gesundheitseinrichtungen zerstört worden. Zudem behindere die anhaltende Gewalt die Eindämmung von Krankheiten wie der Cholera (epd vom 7. Februar 2018). Laut den Vereinten Nationen (UN) sind 22,2 Millionen der insgesamt 27 Millionen Einwohner Jemens auf humanitäre Hilfe angewiesen. Unter den Hilfsbedürftigen seien 11,3 Millionen Menschen akut vom Tod durch Unterernährung und Krankheiten wie der Cholera bedroht. Seit April 2017 seien in dem arabischen Land mehr als 2 250 Menschen an der Cholera gestorben (epd vom 7. Februar 2018).

Einen Grund, keine Waffen mehr nach Saudi-Arabien zu liefern, sahen die größeren westlichen Industrienationen in der jemenitischen Katastrophe bislang nicht. Die Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien und Frankreich verdienen sehr gut am Krieg auf der arabischen Halbinsel (www.dw.com/de/jemen-pro-saudische-regierung-vorerst-vor-kollaps-gerettet/a-42212524). Aber auch Deutschland hat zwischen 2014 und 2017 Rüstungsgüter im Wert von einer Milliarde Euro an die absolutistische Golfmonarchie exportiert. Die deutschen Waffen sollen auch im Jemen-Krieg zum Einsatz gekommen sein (www.dw.com/de/jemen-pro-saudische-regierung-vorerst-vor-kollaps-gerettet/a-42212524).

Der Vorsitzende der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE), Dr. Martin Dutzmann, warf der Bundesregierung vor, durch Waffenexporte aus Deutschland zu der humanitären Katastrophe im Jemen beizutragen. „Ursachen von Flucht und Vertreibung werden hier von der Bundesregierung nicht bekämpft sondern mittelbar verschärft.“ (www.welt.de/newsticker/news1/article171706598/KonflikteKirchen-kritisieren-milliardenschwere-Ruestungsexporte-Deutschlands.html).

CDU, CSU und SPD haben im Koalitionsvertrag beschlossen, „ab sofort keine Ausfuhren an Länder [zu] genehmigen, solange diese unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind“. Allerdings soll für bestehende Aufträge von Firmen Vertrauensschutz bestehen, „sofern sie nachweisen, dass bereits genehmigte Lieferungen ausschließlich im Empfängerland verbleiben“ (Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vom 7. Februar 2018, S. 149). Die geschäftsführende Bundesregierung erklärte daraufhin Mitte Januar 2018, dass sie keine Exportentscheidungen mehr treffen werde, die dieser Vereinbarung widersprechen (www.zeit.de/politik/ausland/2018-01/jemen-krieg-ruestungsexporte-bundesregierung-spd-stopp). Allerdings bleibt unklar, welche Länder die Bundesregierung konkret meint, für die keine Exportentscheidungen mehr getroffen werden. Auf die Schriftliche Frage 5 der Abgeordneten Sevim Dağdelen auf Bundestagsdrucksache 19/775, welche Staaten am Jemen-Krieg nach Auffassung der Bundesregierung unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind, antwortete diese mit Verweis auf bereits erteilte Antworten. Allerdings werden in diesen Antworten nach Auffassung der Fragestellerinnen und Fragesteller ausweichend lediglich die von Saudi-Arabien geführte Militärkoalition sowie die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) genannt. Auch eine weitere Nachfrage beim Auswärtigen Amt blieb erfolglos.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Inwieweit betrifft der Stopp von Genehmigungen von Ausfuhren an die Länder, die unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind, Ausrüstungen, die auch militärisch relevant sein könnten und somit in Teil I Abschnitt A der Ausfuhrliste – Anhang zur Außenwirtschaftsverordnung – oder in Anhang I der EG-Dual-Use-Verordnung (EG) Nr. 428/2009 genannt werden, sowie Ausrüstung, die auch zur Folter verwendet werden könnte, wie zum Beispiel bestimmte Hand- und Fußfesseln, und somit in Anhang III der Anti-Folter-Verordnung (EG) Nr. 1236/2005 aufgeführt wird?
2. Inwieweit betrifft der Stopp von Genehmigungen von Ausfuhren an die Länder, die unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind,
 - a) Kriegswaffen und
 - b) sonstige Rüstungsgüter?
3. Gehören nach Kenntnis der Bundesregierung die Staaten Jordanien, Ägypten, Bahrain, Kuwait, Marokko, Sudan, Senegal, Katar, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate zur Militärkoalition, die seit März 2015 im Jemen interveniert?
4. Welche Staaten gehören nach Kenntnis der Bundesregierung darüber hinaus zur von Saudi-Arabien geführten Militärkoalition, die seit März 2015 im Jemen interveniert?
5. Leisten nach Kenntnis der Bundesregierung die USA, Frankreich und Großbritannien nach wie vor logistische Unterstützung für die Operationen der von Saudi-Arabien geführten Militärkoalition (www.dw.com/de/jemen-krieg-hunger-und-fremde-m%C3%A4chte/a-38126682)?
6. Inwieweit sind nach Kenntnis der Bundesregierung die USA, Frankreich und Großbritannien mittelbar oder unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt?
7. Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche), dass die US-Armee mit Drohnen sowie Kampfflugzeugen im Jahr 2017 im Jemen 131 Luftschläge gegen vermeintliche Mitglieder Al-Qaidas (AQAP) und der Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) ausgeführt hat, während es im Jahr 2016 im Jemen noch 21 Luftschläge waren (www.nbcnews.com/news/mideast/u-s-airstrikes-yemen-have-increased-sixfold-under-trump-n843886)?

8. Gilt die Aussage der Bundesregierung, keine Exportentscheidungen mehr bei Staaten zu genehmigen, solange diese unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind (www.zeit.de/politik/ausland/2018-01/jemen-krieg-ruestungsexporte-bundesregierung-spd-stopp), für
- a) Jordanien,
 - b) Ägypten,
 - c) Bahrain,
 - d) Kuwait,
 - e) Marokko,
 - f) Sudan,
 - g) Senegal,
 - h) Katar,
 - i) Saudi-Arabien und
 - j) die Vereinigten Arabischen Emirate?
9. Seit wann genehmigt die Bundesregierung keine Ausfuhren mehr an die in Frage 8 aufgeführten Länder, bzw. ab wann will die Bundesregierung keine Ausfuhren an diese Länder mehr genehmigen?
10. Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, dass Schweden und die Niederlande bereits im Frühjahr 2016 entschieden haben, wegen Menschenrechtsverletzungen und der hohen Zahl ziviler Opfer im Jemen keine Waffen mehr nach Saudi-Arabien zu liefern (www.dw.com/de/jemen-pro-saudische-regierung-vorerst-vor-kollaps-gerettet/a-42212524)?
11. Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnisse von weiteren europäischen Ländern – nicht nur EU-Staaten –, die entschieden haben, wegen des Krieges im Jemen keine Waffen mehr nach Saudi-Arabien und an weitere am Jemen-Krieg beteiligte Staaten zu liefern?
12. In welchem Wert wurden jeweils Genehmigungen für den Export von Kriegswaffen seit 2015 an die in Frage 8 aufgelisteten Länder erteilt (bitte quartalsweise aufschlüsseln nach Jahren und Land sowie jeweils unter Angabe des Wertes, der auf Kriegswaffengenehmigungen entfällt), und der Export welcher Güter in welcher Stückzahl wurde dabei genehmigt?
13. In welchem Wert wurden jeweils Genehmigungen für den Export sonstiger Rüstungsgüter seit 2015 an die in Frage 8 aufgelisteten Länder erteilt (bitte quartalsweise aufschlüsseln nach Jahren und Land sowie jeweils unter Angabe des Wertes, der auf Kriegswaffengenehmigungen entfällt), und der Export welcher Güter in welcher Stückzahl wurde dabei genehmigt?
14. In welchem Wert wurden jeweils Genehmigungen für den Export von Kriegswaffen von 2009 bis 2014 an die in Frage 8 aufgelisteten Länder erteilt (bitte aufschlüsseln nach Jahren und Land sowie jeweils unter Angabe des Wertes, der auf Kriegswaffengenehmigungen entfällt), und der Export welcher Güter in welcher Stückzahl wurde dabei genehmigt?
15. In welchem Wert wurden jeweils Genehmigungen für den Export sonstiger Rüstungsgüter von 2009 bis 2014 an die in Frage 8 aufgelisteten Länder erteilt (bitte aufschlüsseln nach Jahren und Land sowie jeweils unter Angabe des Wertes, der auf Kriegswaffengenehmigungen entfällt), und der Export welcher Güter in welcher Stückzahl wurde dabei genehmigt?

16. In welchem Wert wurden Kriegswaffen seit 2015 in die Frage 8 aufgelisteten Länder tatsächlich ausgeführt (bitte quartalsweise nach Jahren und Ländern unter Angabe der Ausfuhrlistennummer sowie der genaueren Bezeichnung der Waffen und des jeweiligen Gesamtwertes je Ausfuhrlistennummer aufschlüsseln)?
17. In welchem Wert wurden sonstige Rüstungsgüter seit 2015 in die in Frage 8 aufgelisteten Länder tatsächlich ausgeführt (bitte quartalsweise nach Jahren und Ländern unter Angabe der Ausfuhrlistennummer sowie der genaueren Bezeichnung der Waffen und des jeweiligen Gesamtwertes je Ausfuhrlistennummer aufschlüsseln)?
18. In welchem Wert wurden Kriegswaffen von 2009 bis 2014 in die in Frage 8 aufgelisteten Länder tatsächlich ausgeführt (bitte nach Jahren und Ländern unter Angabe der Ausfuhrlistennummer sowie der genaueren Bezeichnung der Waffen und des jeweiligen Gesamtwertes je Ausfuhrlistennummer aufschlüsseln)?
19. In welchem Wert wurden sonstige Rüstungsgüter von 2009 bis 2014 in die in Frage 8 aufgelisteten Länder tatsächlich ausgeführt (bitte quartalsweise nach Jahren und Ländern unter Angabe der Ausfuhrlistennummer sowie der genaueren Bezeichnung der Waffen und des jeweiligen Gesamtwertes je Ausfuhrlistennummer aufschlüsseln)?
20. Inwiefern hat die militärische Koalition unter Führung Saudi-Arabiens nach Kenntnis der Bundesregierung die am 6. November 2017 eingeleitete Verschärfung ihrer Blockade der Häfen und Flughäfen im Jemen mittlerweile vollständig zurückgenommen vor dem Hintergrund, dass die 30-tägige Frist für diese Lockerung am 20. Januar 2018 wieder ausgelaufen ist (www.dw.com/de/jemen-pro-saudische-regierung-vorerst-vor-kollaps-gerettet/a-42212524)?
21. Von welcher saudischen Marinebasis stammen nach Kenntnis der Bundesregierung aktuell die saudischen Kriegsschiffe, die die Seeblockade Jemens durchsetzen?
22. Inwieweit hat die Bundesregierung inzwischen geprüft, ob die Patrouillenboote und die schnellen Einsatzboote, deren Lieferung nach Saudi-Arabien die Bundesregierung mit einer Hermes-Bürgschaft abgesichert hat (Bundestagsdrucksache 19/282, Antwort zu Frage 14), dazu geeignet sind, Seeblockaden zu verhängen bzw. durchzusetzen (Bundestagsdrucksache 18/4824, Antwort zu Frage 7)?
23. Inwieweit hat die Bundesregierung inzwischen weitere Kenntnisse erlangt bzw. versucht zu erlangen, ob bei der Bombardierung von Zielen im Jemen Kampfflugzeuge des Typs TORNADO, deren Teile von Airbus und seinen Partnern auch in Deutschland hergestellt werden, von der Luftwaffe Saudi-Arabiens und/oder der in Frage 8 aufgeführten Länder, eingesetzt wurden bzw. werden (Bundestagsdrucksache 18/4824, Antwort zu Frage 9)?
24. Inwieweit hat die Bundesregierung inzwischen weitere Kenntnisse erlangt bzw. versucht zu erlangen, ob beim Einsatz im Jemen Kampfflugzeuge des Typs EUROFIGHTER TYPHOON, deren Teile von Airbus und seinen Partnern auch in Deutschland hergestellt werden, von der Luftwaffe Saudi-Arabiens und/oder der in Frage 8 aufgeführten Länder, eingesetzt wurden bzw. werden (Bundestagsdrucksache 18/4824, Antwort zu Frage 10)?
25. Inwieweit ist der Einsatz von aus Deutschland an die in Frage 8 aufgelisteten Länder gelieferten Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern im Rahmen des Krieges im Jemen mit den Endverbleibserklärungen vereinbar, wonach die gelieferten Waffen im Empfängerland bei dem in der Endverbleibserklärung angegebenen Endverwender verbleiben müssen?

26. Kann die Bundesregierung ausschließen, dass die in Frage 8 aufgelisteten Länder aus Deutschland gelieferte Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter im Jemen einsetzen, obwohl bislang keine Vor-Ort-Kontrollen (sog. Post-Shipment-Kontrollen) über den Verbleib von deutschen Rüstungsexporten durchgeführt wurden (Bundestagsdrucksache 19/282, Antwort zu den Fragen 15 und 16)?
27. Durch die Einzelausfuhrgenehmigungen für welche Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgüter hat sich der Genehmigungswert bezogen auf Ägypten vom 15. November 2017 von 428 381 496 Euro (Bundestagsdrucksache 19/333, Antwort zu Frage 1) auf 708 258 491 Euro (Bundestagsdrucksache 19/534, Antwort auf die Schriftliche Frage 38 der Abgeordneten Sevim Dağdelen) im Dezember 2017 derart erhöht (bitte mit Einzelgenehmigungen mit Güterbeschreibung und entsprechendem Genehmigungswert auflisten)?
28. Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, dass eine engere Zusammenarbeit der 25 EU-Mitgliedstaaten bei der Rüstungsproduktion dazu führt, dass nationale Rüstungsexportkontrollen erschwert werden (www.dw.com/de/kirchen-deutsche-r%C3%BCstungsexporte-befeuern-jemen-konflikt/a-41840708)?

Berlin, den 1. März 2018

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

